

Spital Nord: Gericht ordnet Beweissicherung an

Milliardenprojekt. Baufirmen rechnen mit massiven Kosten- und Bauzeitüberschreitung beim Spital Wien-Nord. Sie haben deshalb eine Beweissicherung der Baustelle beantragt. Nun werden Fakten für mögliche Prozesse gesammelt.

VON MARTIN STUHLPFARRER

Wien. Das Krankenhaus Nord steckt nach „Presse“-Informationen in größeren Schwierigkeiten als offiziell zugegeben wird: Die Daten des Projektserver (darauf liegen die wichtigsten Pläne für das Spital) wurden per Gerichtsbeschluss gesichert, ein gerichtlich beideter Sachverständiger sichert derzeit Beweise auf der Baustelle.

Auslöser dieser unangenehmen Besuche auf der Baustelle Wien-Nord ist die Rechtsanwalts-

kanzlei Wilhelm Müller, die auf Wirtschaftsverfahren spezialisiert ist. Sie vertritt rund zehn namhafte Baufirmen (darunter Elin, Wieselthaler, Ortner). Im Auftrag dieser Firmen hat die Kanzlei ein „Beweissicherungsverfahren“ beantragt, um den aktuellen, tatsächlichen Zustand des Projektes Wien-Nord zu erheben, wie dort bestätigt wird. Was ist der Sinn eines derartigen Verfahrens? Es diene dazu, vor einem möglichen Prozess die Situation objektiv zu erheben, erklärt Gerhard Reissner, Vorsteher des

zuständigen Bezirksgerichts Floridsdorf. Der Sinn: Das Projekt muss nicht gestoppt, sondern kann weitergebaut werden – die Verantwortung (z. B. wer ist schuld, dass das Projekt nicht rechtzeitig fertig wird und die Kosten überschritten werden könnten) kann danach anhand der Beweissicherung geklärt werden, ohne bei dem fertigen Projekt dann Mauern aufstemmen zu müssen etc.

Fest steht: Im Bezirksgericht Floridsdorf wurde der Antrag der Baufirmen geprüft und laut Reiss-

ner wegen der Begründung auch genehmigt.

Damit wird es heikel. Offiziell geben die Baufirmen keine Stellungnahme zu ihrem Vorgehen ab und verweisen auf das Anwaltsbüro, das von „unterschiedlichen Auffassungen über Projektstatus und Projektfortschritt“ spricht. Sichert man involvierten Akteuren Anonymität zu, ist zu hören: Das Szenario einer Kostenexplosion samt deutlichen Bauverzögerungen habe eine derart realistische Form angenommen, dass man sich

dringend rechtlich absichern müsse. Mit der Beweissicherung wolle man festhalten, dass die Verantwortung im Bereich des KAV liege, sind die Betroffenen überzeugt. Nachsatz: Hätte man diesen Schritt nicht gesetzt, würde die Stadt danach enorme Pönalezahlungen stellen, davor habe man Angst, für manche könne das den wirtschaftlichen Ruin bedeuten.

Nicht nur gegenüber der „Presse“ äußern Betroffene ihre Angst, für Bauverzögerungen und Kostensteigerungen (mit denen sie rechnen und bei denen sie überzeugt sind, dafür nicht verantwortlich zu sein) zur Verantwortung gezogen zu werden. In „a3“, einem Fachmagazin für Bauwirtschaft, argumentiert „ein Vertreter einer namhaften Gebäudetechnikfirma“, dem dort ebenfalls Anonymität zugesichert wurde, so: „So kann es nicht weitergehen. Es stehen gewaltige Kostensteigerungen und eine erhebliche Bauzeitverlängerung im Raum.“ Und: „Wir wollen nicht später der Sündenbock sein.“

„Auch Absicherung für uns“

Im KAV wird die gerichtliche Beweissicherung durch die Baufirmen so kommentiert: „Die Beweissicherung ist auch für uns eine Möglichkeit uns abzusichern.“ Sie habe den den Vorteil, ohne Zeitverzögerungen weiterbauen zu können – etwaige offene Punkte könnten damit zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden. Man habe außerdem ein Schnittstellenmanagement ausgeschrieben, um aufgetretene Probleme bei den Schnittstellen zu beseitigen.

Ein interessantes Detail: Die betroffenen Baufirmen haben den Antrag auf Beweissicherung im März eingebracht. Zu diesem Zeitpunkt war von Problemen offiziell noch keine Rede, das Projekt sei zeitlich und kostenmäßig im Plan, wurde versichert. Erst nach dem „Presse“-Bericht vom Dienstag räumte die KAV-Führung Probleme ein und sprach nicht mehr von einem Vollbetrieb 2016, sondern nur mehr von einem „medizinischen Vollbetrieb“ 2016. Man könne nicht garantieren, dass wirklich alle Abteilungen von den betroffenen Wiener Spitalen ins Krankenhaus Nord im Jahr 2016 übersiedelt sind.

In der Baubranche ist zu der neuen Situation zu hören: Gerichtliche Beweissicherungsverfahren seien bei absehbaren Rechtsstreitigkeiten zwar nicht so ungewöhnlich. Aber dass Firmen, die sich auch in Zukunft um Aufträge der Stadt Wien bewerben wollen, diesen Schritt nun gegen die Stadt Wien setzen, sei sehr außergewöhnlich.

WIENERGIEBÜNDEL ZIEHEN BILANZ UND STEIGEN UNTERM STRICH BESSER AUS.



**MEGA
FLOAT CAP**
DER STROM- UND ERDGASTARIF
FÜR PREISBEWUSSTE
UNTERNEHMER:
wienenergie.at/business

Demmer, Herfick & Bergmann

MEGA Float Cap – der Strom- und Erdgastarif für preisbewusste Unternehmer

- fixe Preisobergrenze
- sinkt der Marktpreis, sinken die Kosten
- monatliche Preisanpassungen



UNSERE KRAFT FÜR SIE.

www.wienenergie.at

Wien Energie Vertrieb, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.

Wasserkraft	49,13 %
Windenergie	4,85 %
feste oder flüssige Biomasse	3,56 %
sonstige Ökoenergie	1,38 %
Erdgas	41,08 %
CO ₂ -Emissionen	128,2 g/kWh
radioaktiver Abfall	0,0 mg/kWh

Gemäß § 78 Abs. 1 EIWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung 2011 hat die Wien Energie Vertrieb GmbH & Co KG im Zeitraum 1.10.2012 – 30.9.2013 auf Basis der in der nebenstehenden Tabelle angeführten Primärenergieträger Strom an Endverbraucher verkauft. Die Herkunftsnachweise stammen aus Österreich (78,92%), Norwegen (13,79%) und Schweden (7,29%). Das Erdgas wird mit höchster Effizienz in modernen KWK-Kraftwerken zur gleichzeitigen Erzeugung von Strom und Fernwärme eingesetzt. Gemäß § 78 Abs. 2 EIWOG 2010 und Stromkennzeichnungsverordnung 2011 entstanden bei der Stromerzeugung in diesem Zeitraum nebenstehende Umweltauswirkungen. Unsere Lieferungen sind frei von Atomstrom. Bei der Erzeugung entstehen keine radioaktiven Abfälle.

Morgen in der „Presse am Sonntag“

Klein und fein: Die kleinen, teils mobilen Kaffeebars Wiens erfreuen sich in der Stadt großer Beliebtheit.

ZUM ABO: DiePresse.com/abo

